

Übersichten

September 2000

Außenpolitik

1 Erstes Treffen der P5-Staatschefs auf Anregung der VR China

Auf dem auf chinesische Initiative erstmalig am Rande des UN-„Millenniums-Gipfels“ einberufenen Treffen der Regierungschefs der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (P5) betonte Jiang Zemin am 7.9.2000 in New York die herausragende Rolle, die diese fünf Staaten während der letzten zehn Jahre in internationalen Fragen gespielt hätten. Als wichtigste Erfolge ihres Engagements nannte er die Verwirklichung der Unabhängigkeit Namibias, die Beendigung des iranisch-irakischen Krieges, die Beilegung der Golf-Krise, die Kambodscha-Frage sowie das atomare Wettrüsten zwischen Indien und Pakistan (vgl. dazu C.a., 1999/04, Ü 4).

Angesichts einer wechselhaften und vom Fortbestand komplexer internationaler Probleme gekennzeichneten Weltlage schlug Jiang den Staatschefs von Russland, Frankreich, Großbritannien und den USA vor, die

P5-Staaten sollten ihr internationales Handeln künftig an folgenden vier Prinzipien ausrichten: 1. Gegenseitiger Respekt und Gleichbehandlung, 2. Ausweitung von Konsens und Suche nach einer gemeinsamen Basis, 3. Berücksichtigung der Interessen des Ganzen und Förderung der Zusammenarbeit. (Xinhua, 8.9.00, nach SWB, 9.9.00)

In einem abschließenden gemeinsamen Dokument kamen die fünf Staatschefs überein, Führungsrolle und Effektivität des Sicherheitsrates in der Friedenssicherung zu stärken und auf eine transparentere Arbeitsweise auf repräsentativerer Grundlage hinzuwirken. Die zentrale Rolle der UNO in Bezug auf die Vermeidung bzw. die friedliche Beilegung von internationalen und regionalen Konflikten wollen sie durch die Unterstützung struktureller Reformen ebenso fördern wie durch eine Verbesserung der operationellen und finanziellen Basis der UNO, eine Modernisierung und Verschlankeung des Generalsekretariats und nicht zuletzt durch eine effektive und transparente Praxis weltweiter Rekrutierung von Fachleuten im Bereich Friedenssicherung. Schließlich bekannten sich die Regierungschefs zu ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Finanzierung friedenssichernder und aller anderen Aufgaben der UNO und erklärten gleichzeitig ihre Unterstützung für alle Maßnahmen zur Reformierung der Finanzierung auf der Basis der UN-Charter und zur Verbesserung der finanziellen Basis der Vereinten Nationen.

Konsultationen auf verschiedenen Ebenen sollen zukünftig häufiger durchgeführt werden und der Erörterung wichtiger internationaler Fragen zwischen den fünf permanenten Mitgliedern des Sicherheitsrates dienen. (XNA, 9.9.00) -kg-

2 UN-Sicherheitsrat: Treffen der Staatschefs - Afrika im Fokus

Unter Teilnahme des UN-Generalsekretärs Kofi Annan kamen die 15 Mitglieder des UN-Sicherheitsrats am 7.9.2000 in New York zu einem Treffen der Regierungschefs zusammen, um sich der „Sicherung der Rolle des Sicherheitsrates hinsichtlich der Bewahrung von internationalem Frieden

und Sicherheit, insbesondere in Afrika“, zu widmen. Einigkeit bestand in dem Willen, die Möglichkeiten der UNO für friedenssichernde Maßnahmen auszubauen und eine Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit regionalen Organisationen, insbesondere der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), zu verbessern. (XNA, 9.9.00)

In einer Rede auf diesem Treffen sprach sich der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin für die Beilegung von internationalen Konflikten durch friedliche Mittel im Einklang mit der Charter der Vereinten Nationen aus und erteilte gleichzeitig sowohl „bewaffneten Einsätzen bei geringfügigen Anlässen“ als auch der „Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes im Namen der Humanität“ eine entschiedene Absage. Dies widerspreche nicht nur den Prinzipien der UN-Charter, sondern könne vielmehr gravierende Konsequenzen zeigen.

Heftige Kritik übte Jiang an der Praxis einiger Staaten, „den UN-Sicherheitsrat zu umgehen und eigene Wege bei der Behandlung von Fragen der internationalen Sicherheit und des Friedens zu beschreiten“, was dem ausdrücklichen Willen der großen Mehrheit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen widerspreche. Erfolg oder Misserfolg der friedenssichernden Operationen der UN stünden und fielen mit der notwendigen Achtung nationaler Souveränität, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten von Staaten, der Zustimmung der beteiligten Konfliktparteien, der Wahrung eines neutralen Standpunkts und letztlich der Absage an die Anwendung von Waffengewalt zu anderen Zwecken als dem Selbstschutz.

Adressaten dieser Kritik waren unverkennbar USA, NATO und EU insbesondere im Zusammenhang mit der Intervention im Kosovo 1999. In der Septemberausgabe des vom Chinese People's Institute of Foreign Affairs herausgegebenen *Foreign Affairs Journal* werden diese Zusammenhänge aus chinesischer Sicht in extenso vorgetragen. (*Foreign Affairs Journal*, 09.00, S. 17-26)

Hinsichtlich der Reformierung und Erweiterung des Sicherheitsrates verwies Jiang erneut auf den Missstand der nach wie vor unausgewogenen geogra-

phischen Repräsentation in dem Gremium und forderte, insbesondere die Lösung der Frage der in ungenügendem Maße vertretenen Entwicklungsländer müsse Priorität eingeräumt werden (vgl. dazu C.a., 1999/02, Ü 6). Mit der Aussage, China sei sowohl ständiges Mitglied des Sicherheitsrates als auch Entwicklungsland, beanspruchte er, die Interessen des Südens in diesem Gremium zu vertreten.

Im Zusammenhang mit dem thematischen Schwerpunkt des Treffens erklärte Jiang, der Sicherheitsrat müsse sich stärker als bisher dem von Unruhen und Krieg gekennzeichneten Kontinent Afrika zuwenden, dürfe dabei jedoch keinesfalls die Souveränität der afrikanischen Staaten missachten, sondern sei vielmehr aufgerufen, die Länder selbst, regionale Organisationen und insbesondere die Organisation für Afrikanische Einheit zu konsultieren. Eine effektive Befriedung des Kontinents sei nur in Kooperation durch die Beseitigung der Grundlagen der Konflikte und der Armut zu erreichen. (SWB, 9.9.00)

In einer persönlichen Unterredung zwischen Jiang und UN-Generalsekretär Kofi Annan drückte dieser seine Unterstützung für die chinesische Afrikapolitik aus und äußerte seine Hoffnung auf eine erfolgreiche Durchführung der im Oktober bevorstehenden Tagung über sino-afrikanische Zusammenarbeit (vgl. dazu C.a., 2000/04, Ü 9).

Auf die im Rahmen dieses Gesprächs geäußerten Nachfrage Annans nach dem Stand der Ratifizierung der Internationalen Konvention über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte konnte Jiang lediglich mitteilen, dass das Dokument derzeit im Ständigen Ausschuss des NVK geprüft werde. (SWB 9.9.00) -kg-

3 Souveräner Auftritt Jiang Zemin beim UN-Millenniums-Gipfel in New York

Gute Figur machte Jiang Zemin nicht nur bei seinem Auftritt vor den ange-reisten 150 Regierungschefs der UNO-Mitgliedstaaten, sondern auch in der amerikanischen Öffentlichkeit, während Li Peng, der in seiner Funktion als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongres-

ses an einem Treffen von Parlamentspräsidenten der UN-Mitgliedstaaten teilnahm, (XNA, 3.9.00) einen deutlich schwierigeren Stand in der Öffentlichkeit hatte. (AW, Vol. 26, No. 37)

In seiner Rede vor dem Plenum forderte Jiang vor dem Hintergrund der ökonomischen Globalisierung und dem Trend zu einer Multipolarität in der Weltpolitik die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, die insbesondere den Entwicklungsländern Vorteile gewähren müsse, die im digitalen Zeitalter bislang deutlicher denn je auf der Verliererseite stünden.

Er beklagte, dass nach dem Ende des Kalten Krieges Denkstrukturen aus dieser Zeit ebenso fortbeständen wie auch Hegemoniestreben einzelner Staaten, was einer wirklichen Demokratisierung der internationalen zwischenstaatlichen Politik entgegenwirke. Als Alternativkonzept stellte er erneut die chinesischen Vorstellungen einer multipolaren Weltordnung in den Mittelpunkt (vgl. dazu C.a., 2000/02, Ü 5). Dabei handle es sich keineswegs um ein Konzept, nach dem Hauptmächte miteinander konkurrierten und Einflussphären in den Weltregionen gegeneinander abgrenzten. Vielmehr sollen die Staaten in einem partnerschaftlichen Verhältnis unmittelbar interagieren und frei bleiben von der Einmischung Dritter. Den Hauptmächten falle dabei allerdings - selbstverständlich unter Respektierung der Bedürfnisse kleinerer Länder - die Aufgabe zu, die Verantwortung für die Sicherung des Friedens in der Region und der Welt zu schultern. (Xinhua, 6.9.00, nach SWB, 8.9.00)

Vehement trat er mehrfach für die Achtung der Diversität der Systeme ein und forderte, das Recht der souveränen Staaten und Völker zu respektieren, sich selbst für ein Sozialsystem, einen Entwicklungsweg und nicht zuletzt ein eigenes Wertesystem zu entscheiden. Hinsichtlich der Einhaltung und Wahrung der Menschenrechte betonte er, dass Dialog und Kooperation der einzige akzeptable Weg sei. Dabei müsse in jedem Fall die Souveränität eines jeden Landes uneingeschränkt geachtet werden. „Solange nationale Grenzen existierten und die Völker in ihren jeweiligen Staaten lebten, sei es das höchste Anliegen sowohl der Regierung als auch des Volkes, die

Souveränität und Unabhängigkeit des eigenen Staates zu wahren.“ (Xinhua, 6.9.00, nach SWB, 8.9.00)

Es gebe keinen Konflikt zwischen Souveränität auf der einen und Menschenrechten auf der anderen Seite. Das Prinzip der Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten souveräner Staaten besitze jedoch uneingeschränkt Geltung. „Das chinesische Volk wisse sehr gut, dass ein Land, welches nicht in der Lage ist, die eigene Souveränität zu wahren, kaum fähig sein kann, Menschenrechte zu schützen.“ (XNA 9.9.00)

Am Rande des Gipfeltreffens traf Jiang Zemin mit US-Präsident Clinton ebenso zu einer Unterredung zusammen wie mit dem französischen Präsidenten Chirac, dem japanischen Premierminister Mori, dem südkoreanischen Präsidenten Kim oder mit Fidel Castro und dem nigerianischen Präsidenten Olusegun Obasanjo, der der Gruppe der 77 vorsitzt. (AW, Vol. 26, No. 37; XNA, 11.9.00) Auch Li Peng und der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan nutzten den Millenniums-Gipfel zu diversen Treffen mit internationalen Amtskollegen. (Xinhua, 30.8.00, nach SWB, 10.9.00; XNA, 9.9.00) -kg-

4 Erneute Niederlage für Taiwan auf internationalem Parkett

Im Vorfeld der 55. Vollversammlung der Vereinten Nationen Anfang September scheiterte bereits der achte Versuch Taiwans, seinen Wunsch nach Mitgliedschaft in der UNO auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Von Senegal und einigen weiteren Ländern aus Afrika und Lateinamerika beantragt, wurde die Befassung mit diesem Thema jedoch unter Berufung auf die vor 29 Jahren gefasste UN-Resolution 2758 abgelehnt, in der der Alleinvertretungsanspruch der Volksrepublik China für das chinesische Volk anerkannt wurde. (Xinhua, 8.9.00, nach SWB, 11.9.00)

Während sich die Länder, die den Antrag einbrachten, dem Vorwurf seitens der VR China ausgesetzt sahen, sich von Taiwan kaufen zu lassen, (ebd.) bemerkte der englischsprachige Dienst von Xinhua nicht ohne Söffisanz, dass sich die USA als

„Hauptunterstützer und Waffenlieferant Taiwans“ nun binnen Jahresfrist bereits zum zweiten Mal in dieser Sache von ihrem Schützling distanzieren mussten. Ebenso wie die USA hatten auch die anderen ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats für die Nichtaufnahme dieses Antrags in die Tagesordnung der Vollversammlung gestimmt und sich zur Ein-China-Politik bekannt. (XNA, 9.9.00)

Jiang Zemin betonte während seines Aufenthalts in New York im Rahmen des UN-Millenniums-Gipfels wiederholt das Festhalten der VR China an dem Ziel der friedlichen Wiedervereinigung nach dem Konzept „Ein Land, zwei Systeme“ sowie die unumstößliche Gültigkeit des „Ein-China-Prinzips“. (Xinhua, 6.9.00, nach SWB, 8.9.00) In diesem Zusammenhang ist nicht nur das Scheitern des erneuten Versuchs Taiwans zu bewerten, seinen außenpolitischen Spielraum durch einen Beitritt zur UNO zu erweitern (XNA, 9.9.00), auch die Verwirrung um die Sprachregelung bei einem möglichen - auf den Beitritt der VR China folgenden - Beitritt Taiwans in die WTO ist in diesem Zusammenhang von Interesse.

Schien man sich zunächst in Genf im Sommer dieses Jahres darauf verständigt zu haben, dass Taiwan keineswegs als Staat sondern vielmehr als „separates Zollterritorium“ beitreten könne, erweiterte und präziserte Jiang Zemin Anfang September sowohl gegenüber US-Präsident Clinton als auch in einer Rede vor Geschäftsleuten in New York diese Sprachregelung für Taiwan zum „separaten Zollterritorium Chinas“. (NZZ, 16./17.9.00) Diese Formulierung wurde vom Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Sun Yuxi, auf einer Pressekonferenz bekräftigt. (XNA, 8.9.00) Es scheint, als sollte mit diesem Schritt der Interpretationsspielraum über den Status eines möglichen WTO-Mitglieds Taiwan weiter im Sinne der VR China eingengt werden, da China davon auszugehen scheint, dass insbesondere das Interesse Präsident Clintons an einem baldigen Beitritt Chinas in die WTO einen möglichen Widerspruch der USA gegen diese neue Sprachregelung unwahrscheinlich macht. (Vgl. NZZ, 16./17.9.00)

Daneben steht diese Verengung der Begrifflichkeit von chinesischer Seite auch im Zusammenhang mit den Äußerungen des neuen taiwanischen Präsidenten Chen Shui-bian (DPP), der Ende August erklärt hatte, eine Vereinigung mit dem Festland stelle für ihn nicht die einzige Option für die Zukunft Taiwans dar. (FT, 4.9.00) Diese Erklärungen seien sehr gefährlich und alarmierend, hieß es daraufhin aus dem Büro für Taiwan-Angelegenheiten unter dem Staatsrat. (XNA, 6.9.00) Bereits Ende August war auf dem jährlichen Treffen der KPCh-Führer in Beidaihe beschlossen worden, man wolle sowohl militärische als auch politische Mittel ergreifen, um in der Wiedervereinigungsfrage Druck auf Taiwan auszuüben, gleichzeitig jedoch die abwartende Haltung noch nicht aufgeben und Chen Shui-bian an seinen Taten messen. (SWB, 1.9.00) An der Aufrichtigkeit Chens hege man nach Beobachtung der ersten 100 Regierungstage allerdings Zweifel. Nach Aussage von Zhang Mingqing, Sprecher des Büros für Taiwan-Angelegenheiten, könne sich China des Eindrucks nicht erwehren, Chen wolle einen separatistischen Kurs einschlagen. (IHT, FT, 6.9.00) -kg-

5 USA: Eine Hürde genommen, eine umgangen, schon wartet ein neues Ärgernis

Eigentlich hätte der September aus chinesischer Sicht ein sehr positiver Monat für die Entwicklung der Beziehungen zu den USA sein können: Präsident Clinton kündigte die Aussetzung des von der VR China international aufs Schärste kritisierten Nationalen Raketenabwehrsystems (NMD) an, (XNA, 3.9.00) und der amerikanische Senat stimmte der Gewährung eines „permanenten, normalen Handelsstatus“ für China zu, (FT, 6.9.00; HB, 21.9.00) was sich in einem Gespräch zwischen Clinton und Jiang Zemin am Rande des UN-Millenniums-Gipfels bereits abgezeichnet hatte. (XNA, 10.9.00) Damit entfällt die aus chinesischer Sicht entwürdigende jährliche Menschenrechtsdebatte vor dem amerikanischen Senat über die Gewährung der Meistbegünstigung.

Auch in der Problematik um den in die USA geflüchteten spirituellen Führer der Meditationsbewegung *Zhong Gong* zeigten die USA durchaus Entgegenkommen. Zwar war ein mit der Sache befasstes Gericht in Guam nicht bereit, einem Auslieferungsantrag gegen Zhang Hongbao stattzugeben, den die chinesische Justiz der mehrfachen Vergewaltigung sowie der Urkundenfälschung im Zusammenhang mit seiner Flucht aus China bezichtigt. Das Gericht erkannte für Zhang allerdings nur ein Schutzbedürfnis gegen grausame Bestrafung an, ohne jedoch die Ablehnung seines Asylanspruchs und der permanenten Niederlassungsbewilligung zu revidieren - ein Zeichen des partiellen Entgegenkommens an Beijing. (NZZ, 26.9.00; SWB, 16.9.00)

Mit großer Verärgerung wurde allerdings die Zulassung einer von Menschenrechtsorganisationen und Aktivisten der Demokratiebewegung von 1989 gemeinsam vor einem amerikanischen Gericht angestrebte Privatklage auf Schadenersatz in unbekannter Höhe gegen Parlamentspräsident Li Peng als damals für den Militäreinsatz gegen die Demonstranten verantwortlichen Politiker aufgenommen. (NZZ, 3.9.00) In der Klageschrift werden Li Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Hinrichtungen im Schnellverfahren, willkürlicher Freiheitsentzug, Folter und dergleichen mehr vorgeworfen. (IHT, 2.9.00; FT, 6.9.00)

Besonders verärgert zeigte man sich auf chinesischer Seite im Zusammenhang mit dieser „politischen Farce“ über den richterlich veranlassten Versuch einer persönlichen Zustellung einer gerichtlichen Vorladung an den Beklagten Li Peng während seines Aufenthalts in New York anlässlich des UN-Millenniums-Gipfels Anfang September. Die US-Regierung wurde dafür kritisiert, dass sie es versäumt habe, derartige Belästigungen von dem Staatsgast fernzuhalten. (IHT, 4.9.00; FT, 6.9.00) -kg-

6 Ungelöste Seerechtsfragen und beiderseitiges Bemühen im Vorfeld von Zhu Rongjis Japanreise

Mehrfach war es zwischen Japan und China in der jüngsten Vergangen-

heit zu Irritationen gekommen, weil chinesische Militär- und Forschungsschiffe wiederholt in Gewässern operierten, die Japan als exklusive 200-Meilenzone beansprucht. Ende August, Anfang September konnte dahingehend eine Übereinkunft zwischen den beiden Staaten erreicht werden, dass beide sich bereit erklärten, auf die Entsendung von militärischen Schiffen in das fragliche Seegebiet zu verzichten sowie das jeweils andere Land zukünftig im voraus davon in Kenntnis zu setzen, wenn Missionen zu Forschungszwecken durchgeführt werden sollen. (SWB, 4.9.00) Der chinesische Außenminister kündigte seinem japanischen Amtskollegen Kono gegenüber auch eine vorübergehende Reduzierung der umstrittenen Seemissionen als vertrauensbildende Maßnahme an. (SWB, 14.9.00)

Während der japanische Außenminister in diesem Zusammenhang forderte, China möge derartige Operationen sechs Monate vorher ankündigen, und gleichzeitig einen offiziellen Protest gegen ein neuerliches Eindringen eines chinesischen Schiffes in ein von Japan beanspruchtes Seegebiet Anfang September ankündigte, (SWB, 9.9.00) betonte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Sun Yuxi, am 14. September vor der Presse, bei der Vereinbarung einer gegenseitigen Vorabinformation handle es sich um eine Maßnahme zum Abbau von Missverständnissen und zur Förderung des gegenseitigen Vertrauens; keinesfalls sei dies jedoch gleichbedeutend mit der Anerkennung des japanischen Anspruches auf das umstrittene Seegebiet. (SWB, 16.9.00)

Der chinesische Premier Zhu Rongji hatte dagegen - wohl zur Schaffung einer positiven öffentlichen Meinung in Japan im Vorfeld seines für Mitte Oktober geplanten Besuches dort - Mitgliedern des japanischen Parlaments gegenüber in Urumqi erklärt, vermehrte Forschungsaktivitäten in den entsprechenden Gewässern wären ihm nicht bekannt gewesen, und die chinesische Führung wäre nicht immer im vollen Umfang über derartige wissenschaftliche Operationen informiert. (SWB, 12.9.00) Er vertrat die Ansicht, China solle die Forschungsaktivitäten in den japanischen Wirtschaftsgewässern einstellen, um alles zu vermeiden, was zu Rückschlägen in den bilatera-

len Beziehungen führen könnte. Allerdings blieb die zentrale Frage unberührt, wo die Demarkationslinie zwischen den von Japan und den von China beanspruchten Gewässern zu ziehen ist. (SWB, 14.9.00)

Eine weitere Verhandlungsrunde zwischen Japan und China, die in dieser Sache und hinsichtlich der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen eine Klärung noch vor der Japanreise des chinesischen Premiers herbeiführen sollte, scheiterte Ende September erneut an eben dieser Frage der Grenzziehung. (SWB, 30.9.00)

Japan zeigte sich im Vorfeld des Besuchs Zhu Rongjis nicht nur wie dieser verbal, sondern auch tatsächlich betont kooperativ. Trotz des ungelösten Territorial- und Seerechtsdisputats hatte die regierende LDP bereits am 7. September ihre Zustimmung zur Vergabe eines Entwicklungshilfekredits in Höhe von 157 Mio. US\$ an China beschlossen. (SWB, 8.9.00) Bereits zuvor hatte die bislang größte japanische Wirtschaftsdelegation die VR China bereit und chinesischen Hoffnungen auf verstärktes Engagement in den zentralen und westlichen Regionen des Landes Nahrung gegeben. (XNA, 7.9.00, 8.9.00)

Als Akt der Wiedergutmachung und als Ausdruck des japanischen Good Will beteiligte sich erstmalig auch eine japanische Expertengruppe Mitte September in der Nähe von Harbin aktiv an der Aufspürung und Vernichtung von chemischen Kampfstoffen, die die Kaiserliche Japanische Armee im Zweiten Weltkrieg in großen Mengen im Nordosten Chinas zurückgelassen hatte. Die Aktion unter Beteiligung von 75 Japanern und 200 Chinesen gilt als Pilotprojekt für die gemeinsame Beseitigung von ca. 670.000 chemischen Waffen japanischen Ursprungs, die allein nahe der Stadt Dunhua in der Provinz Jilin vergraben worden waren. (SWB, 15.9.00) -kg-

7 Li Peng auf Tour: durch die baltischen Staaten und Weißrussland

Im Anschluss an das Treffen der Parlamentspräsidenten der UN-Mitgliedstaaten in New York besuchte Li Peng als erster führender chinesischer Politiker nach einem Abstecher nach Is-

land Estland, Lettland, Litauen und Weißrussland. Es handelte sich um Gegenbesuche in der Folge von China-reisen der Parlamentspräsidenten dieser Staaten im Jahr 1999.

Insbesondere die drei baltischen Staaten, die unmittelbar nach ihrer Unabhängigkeit von China bereits im September 1991 diplomatisch anerkannt worden waren (vgl. C.a. 1991/10, Ü 16), hoffen auf verstärkte wirtschaftliche Kooperation und Unterstützung seitens der VR China. Alle drei Länder boten sich als Eingangstor zum westeuropäischen Markt an und gaben der Hoffnung nach Intensivierung der Zusammenarbeit insbesondere auf dem Sektor transkontinentaler Warentransporte aus China Ausdruck. (XNA, 5.9.00, 8.9.00, 11.9.00)

Insgesamt wünschte man sich auf baltischer Seite ein größeres finanzielles Engagement der VR China. So war etwa vom litauischen Parlamentspräsidenten Vytautas Landsbergis zu hören, chinesische Restaurants in seinem Lande hätten zwar das gegenseitige Verständnis zwischen beiden Ländern verbessert, an Investitionen auf anderen Wirtschaftsgebieten sei man jedoch noch mehr interessiert. (XNA, 5.9.00) In Litauen erwartete man darüber hinaus im Zusammenhang mit dem Besuch Lis auch chinesische Wirtschaftshilfe im Umfang von 500.000 US\$ sowie längerfristig die Unterstützung der VR China für die Bewerbung um einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. (SWB, 6.9.00)

Sowohl Litauen als auch Estland beilieten sich daher, ihr Bekenntnis zur Ein-China-Politik zu bekräftigen. So ließ beispielsweise der estnische Präsident Meri verlauten, sein Land werde sich auch zukünftig auf wirtschaftliche Kooperation und Handelsbeziehungen mit Taiwan beschränken und keine Beziehungen auf offizieller Ebene anstreben. (XNA, 11.9.00) Von chinesischer Seite wurde Respekt und Verständnis für den Wunsch dieser beiden souveränen Länder nach einer stärkeren Anbindung an die EU geäußert. Der beabsichtigte Beitritt Estlands in die NATO, worüber Li Peng vom Sprecher des estnischen Parlaments, Toomas Savi, ebenfalls informiert worden war, blieb von chinesischer Seite allerdings unkommentiert. (SWB, 9.9.00)

Während die Reise Li Pengs in die baltischen Staaten in China nach seiner Rückkehr als voller Erfolg gefeiert wurde, (XNA, 20.9.00) wäre es im Zusammenhang mit dem Besuch in Litauen um Haaresbreite zum Eklat gekommen. Nach Informationen einer litauischen Tageszeitung hatte die chinesische Seite mit der Absage des Besuches gedroht, weil ausgerechnet zum geplanten Besuchstermin Li Pengs die zweite Sitzung des vom litauischen Parlamentspräsidenten Landsbergis initiierten Internationalen Tribunals für Verbrechen des Kommunismus im dortigen Parlament stattfinden sollte. Nur intensive diplomatische Anstrengungen hätten den Besuch gerettet. (*Lietuvos Rytas*, 4.9.00, nach SWB, 6.9.00)

Zum chinesischen Unmut über den Gastgeber Litauen dürfte auch ein am 4.9.2000 im Vorfeld des Besuchs im litauischen Parlament eingebrachter Entschließungsantrag beigetragen haben, mit dem die Regierung aufgefordert werden sollte, die Tibet-Frage in den Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen einzubringen. In diesem Resolutionsentwurf hieß es, die litauischen Parlamentarier betrachteten Tibet als besetztes Land und den Dalai Lama und die tibetische Exilregierung als einzige gesetzliche Vertreter des tibetischen Volkes. (BNS News Agency, 5.9.00, nach SWB, 7.9.00) Die ursprünglich als zweitägiger Besuch geplante Reise Li Pengs wurde so zu einem zweistündigen Zwischenstopp auf dem Flughafen von Wilnius, in dessen Verlauf Li mit Landsbergis zusammentraf. (XNA, 7.9.00) Mit dem litauischen Präsidenten Adamkus war Li bereits zuvor während seines Besuchs in Island zusammengetroffen. (XNA, 7.9.00)

Nach diesem schwierigen Terrain boten die anschließenden dreitägigen Gespräche in Weißrussland sicheren Boden. In Minsk versicherten sich Li Peng und Gastgeber Lukaschenko gegenseitig ihrer „vollkommen ähnlichen“ Ansichten u.a. in der Frage der Menschenrechte. Lukaschenko bekannte sich erwartungsgemäß ebenfalls zum Ein-China-Prinzip, verlieh seiner Freude Ausdruck, mit China als permanentem Mitglied des UN-Sicherheitsrats einen verlässlichen und einflussreichen Freund zu besitzen, und versicherte auch der chine-

sischen Seite, sie könne allzeit auf Weißrussland zählen. Auf wirtschaftlichem Gebiet hofft man auf Gastgeberseite auf einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen. Neben den chinesischen Plänen für die Entwicklung des Westens der VR China, die auf weißrussischer Seite besonderes Interesse finden, wurden die Möglichkeiten der Kooperation auf den Gebieten Lastwagenmontage, Wasserschutz und Autobahnbau diskutiert. Der offensiv von Lukaschenko vorgetragene Wunsch nach wissenschaftlicher Zusammenarbeit insbesondere auf militärischem Gebiet blieb von Li Peng offiziell jedoch unbeantwortet. (XNA, 7.9.00, 8.9.00, SWB, 9.9.00) -kg-

8 Werben um den afrikanischen Kontinent

Wenn vom 10. bis 12. Oktober 2000 die Außenminister von voraussichtlich mehr als 50 afrikanischen Ländern zum „Forum über sino-afrikanische Zusammenarbeit“ mit ihren chinesischen Gesprächspartnern in Beijing zusammentreffen, wird es China in erster Linie darum gehen, sich als größtes Entwicklungsland der Erde und damit als prädestinierten Sprecher des Kontinents darzustellen, in dem sich die größte Zahl von Entwicklungsländern befindet. Nach chinesischer Vorstellung besteht eine weitgehende Interessengleichheit zwischen Afrika und China in Hinsicht auf die Forderung nach der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. (XNA, 6.9.00)

Strategische Partnerschaften sucht China u.a. auch hinsichtlich seiner Ablehnung sowohl des nationalen amerikanischen Raketenabwehrschildes NMD als auch des sog. Theatre Missile Defense System (TMD) unter Einbeziehung Japans und Taiwans. (XNA, 23.9.00; SCMP, 21.9.00; vgl. dazu auch C.a., 2000/08, Ü 1) Ein Mittel zum Erreichen dieses Ziels dürfte die chinesische Entwicklungshilfe für afrikanische Staaten darstellen, mit der Beijing seit der Umstellung seiner Hilfen auf langfristige und zinsgünstige Kredite 1995 bislang 33 Projekte in 23 Ländern des Kontinents unterstützt hat. (XNA, 6.9.00)

Als Partner der chinesischen Außenwirtschaft gewinnt Afrika als Absatz-

markt für chinesische Güter und als Auftraggeber von größeren Projekten gleichermaßen an Bedeutung. Das Außenhandelsvolumen wurde für das erste Halbjahr 2000 mit 4,7 Mrd. US\$ angegeben; 480 chinesische Unternehmen haben Niederlassungen in 47 afrikanischen Ländern mit vereinbarten gemeinsamen Investitionen im Umfang von 820 Mio. US\$ (530 Mio. US\$ von chinesischer Seite) gegründet. (Ebenda)

Ein Dorn im Auge Beijings sind nach wie vor jedoch einige wenige Staaten in Afrika, die noch diplomatische Beziehungen mit Taiwan unterhalten und auch kürzlich wieder den erneuten Vorstoß der „abtrünnigen Inselprovinz“ für einen UNO-Beitritt unterstützten. Da auch diese Staaten, namentlich Burkina Faso, Gambia, Liberia, Malawi, Príncipe, Sao Tomé, Senegal und Swaziland, unter taiwanischem Protest nach Beijing eingeladen wurden, (FAZ, 12.9.00) sind Mitte Oktober Meldungen über großzügige chinesische Unterstützung für diese Länder zu erwarten. Auch diplomatische Erfolgsmeldungen dürften in der Folge keineswegs ausgeschlossen sein, obgleich der Direktor der Afrikaabteilung im chinesischen Außenministerium, Liu Guijin, sich beeilte zu versichern, man werde das Forum nicht dazu instrumentalisieren, diese Staaten auf die eigene Seite zu ziehen. (SCMP, 21.9.00) -kg-

9 Licht und Schatten chinesischer Diplomatie in der Karibik

Der Verteidigungsminister Chi Haotian leitete Anfang September die erste hochrangige chinesische Militärdelegation nach Trinidad-Tobago seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten im Jahr 1974. Er traf dort mit seinem Amtskollegen Joseph Theodore zusammen, gab hilfreiche Lektionen in Sachen Aufbau der Landesverteidigung und führte Gespräche über eine freundschaftliche Kooperation zwischen den Streitkräften beider Länder. (XNA, 5.9.00; Xinhua, 5.9.00, nach SWB, 7.9.00)

Während man Chi in Trinidad-Tobago versicherte, man werde immer am Ein-China-Prinzip festhalten, wurden

dem dortigen chinesischen Botschafter Zhang Songxian im benachbarten Grenada innenpolitische und diplomatische Fallstricke zum Verhängnis. Wegen „diplomatischer Ausführungen gegenüber Medienvertretern“ wurden Zhang und zwei weitere chinesische Diplomaten, die ihn auf diesem Privatbesuch begleiteten, keine 24 Stunden nach ihrer Einreise wieder aus dem Land ausgewiesen. Grenada ist eines von vier Ländern in der östlichen Karibik, die diplomatische Beziehungen mit Taiwan und nicht mit der VR China aufrechterhalten.

Zhang hatte sich auf Einladung der neu gegründeten Grenada-China-Freundschaftsgesellschaft dort aufgehalten. Unglücklicherweise handelt es sich beim Vorsitzenden dieser Organisation zur Förderung engerer Beziehungen zwischen Grenada und der VR China um den Oppositionsführer Michael Baptiste, was den chinesischen Gästen den Vorwurf einbrachte, sie hätten sich unter Verletzung der Wiener Konvention in die inneren Angelegenheiten des Landes eingemischt. (*Cana News Agency*, 6.9.00, nach SWB, 9.9.00) -kg-

10 Li Peng in Russland: Strategische Partnerschaft und gemeinsame Interessen in Fernost

Gemeinsame Interessen und Standpunkte standen im Mittelpunkt des neuntägigen Russlandbesuchs von Li Peng. In Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Putin wurde die übereinstimmende Ablehnung beider Staaten gegen die Pläne der USA für ein Nationales Verteidigungssystem (National Missile Defense System) betont, welches China als Streben der USA nach uneingeschränkter Vormacht in einer unipolaren Weltordnung interpretiert. Gegen die davon ausgehende Bedrohung des regionalen strategischen Gleichgewichts und der weltweiten Stabilität sollten nicht nur Russland und China eine Allianz bilden, auch Korea und weitere Staaten sollten alarmiert sein und sich in die gemeinsame Ablehnungsfront einreihen. (ITAR-TASS, 11.9.00, nach SWB, 13.9.00)

Gegenüber Präsident Putin betonte Li Peng im Kreml, mit Russland bestün-

de nicht nur eine weitreichende allgemeine Interessengleichheit, insbesondere der eingeschlagene Weg zu einer strategischen Partnerschaft und Kooperation zwischen beiden Ländern sei eine historische Weichenstellung, die ganz in der Logik der Veränderungen der Welt nach Beendigung des Kalten Krieges liege. (Xinhua, 13.9.00, nach SWB, 15.9.00) Putin bestätigte, dass sich die russisch-chinesischen Beziehungen auf ihrem Höhepunkt befänden, (Interfax, 13.9.00, nach SWB, 15.9.00) und auch der ehemalige Präsident Jeltzin versicherte seinem alten Freund Li Peng, die neue russische Führungsgeneration unter Präsident Putin werde unbeirrbar dem eingeschlagenen Weg der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit China folgen. (SWB, 15.9.00)

Nach Abschluss seiner Gespräche in Moskau reiste Li Peng weiter nach Nowosibirsk und Wladiwostok, um sich dort über den Stand und das Potenzial der bilateralen ökonomischen Beziehungen zwischen den russischen Fernostgebieten und den chinesischen Nordostprovinzen Heilongjiang und Jilin zu informieren. Positiv reagierte Li auf den von der russischen Seite vorgetragenen Wunsch, China möge in Wladiwostok eine diplomatische Mission einrichten und eine Filiale der Chinesisch-russischen Bank eröffnen, um so den wirtschaftlichen Austausch intensivieren zu können. (ITAR-TASS, 18.9.00, nach SWB, 20.9.00)

Der Warenaustausch über die russische Grenze wächst seit der Öffnung des ersten Übergangs für den kleinen Grenzhandel in der Stadt Heihe im Jahr 1987 beständig weiter. In erster Linie sind es südostchinesische Händler aus Shanghai oder Zhejiang, die dafür sorgen, dass allein in Heihe täglich chinesische Waren im Wert von ca. 120.000 US\$ über die Grenze in den russischen Fernen Osten gehen. Aufgrund des weiter steigenden Umschlagvolumens wird derzeit über die Errichtung einer ersten Brücke über den Grenzfluss Heilongjiang verhandelt. (XNA, 20.9.00) -kg-

11 Von Kirgistan bis zur Türkei: Allianzen gegen Separatismus und Terrorismus

Vor dem Hintergrund immer wieder aufflammenden Separatismus der muslimischen Turkvölker der Autonomen Region Xinjiang im Westen der VR China (vgl. dazu auch C.a., 1999/02, Ü 12) sucht die chinesische Regierung offensichtlich Verbündete in den benachbarten Staaten der Region.

Auf einer Reise durch Kirgistan, Kasachstan und Tadschikistan versicherte sich Dai Bingguo, Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPCh, der Unterstützung der Nachbarländer in dieser Sache. Der kirgisische Präsident Akayew unterstrich in einem Treffen mit Dai den Willen Kirgistans, die gemeinsamen Anstrengungen „gegen Separatismus, Terrorismus und religiösen Extremismus“ in der Region zu verstärken. (XNA, 1.9.00) Ähnliche Übereinstimmung fand der stellvertretende chinesische Präsident Hu Jintao beim türkischen Verteidigungsminister, als er sich auf einem Besuch in der Türkei in der ersten Septemberhälfte für eine enge Zusammenarbeit hinsichtlich der Bewahrung von Stabilität in der Großregion aussprach. (XNA, 11.9.00)

Ein bereits im November 1999 in Beijing unterzeichneter Vertrag mit Usbekistan über die Auslieferung von Straftätern trat beispielsweise am 29. September 2000 in Kraft. (XNA, 1.9.00) -kg-

12 Exil-Tibeter trüben die Freude zum 50. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Schweiz

Der Schweizer Bundespräsident Adolf Ogi reiste zur Feier des 50. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China nach Beijing. Ogi betonte, die Schweiz wäre eines der ersten westlichen Länder gewesen, von denen die VR China diplomatisch anerkannt wurde, und bekräftigte das Interesse seines Landes an einem frühestmöglichen Beitritt Chinas zur WTO. Allerdings ist die Schweiz eines von nur zwei WTO-Mitgliedern, mit denen bilaterale Bei-

trittsverhandlungen noch nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnten. (XNA, 12.9.00; NZZ, 13.9.00)

In Genf wurden die Feiern hingegen von den Protesten exiltibetischer Organisationen und ihrer Unterstützer gestört. Die Straßenblockade der Protestierenden behinderte den Zugang zum Festakt. Davon betroffen waren auch der chinesische Botschafter und der Repräsentant der VR China bei den Vereinten Nationen. Besonders verärgert zeigte sich die chinesische Seite über den allzu zögerlichen Einsatz der schweizerischen Polizeikräfte und bezeichnete den Zwischenfall als schädlich für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern. (XNA, 22.9.00) -kg-

13 Biotech und nationale Sonderwege - Li Peng in Island

Die Stärkung der Kooperation zwischen den gesetzgebenden Versammlungen beider Länder standen ebenso im Mittelpunkt des viertägigen Besuchs Li Pengs in Island wie die wirtschaftliche Kooperation zwischen beiden Ländern. In Gesprächen mit Präsident Grimsson, Premierminister Oddsson und dem stellvertretenden Parlamentspräsidenten Stefansson war die sino-isländische Zusammenarbeit in der Fischerei und im Schiffsbau ein wichtiges Thema. (XNA, 5.9.00; Xinhua, 4.9.00, nach SWB, 6.9.00) Besonderes Interesse zeigte Li jedoch für die kommerzielle genetische Forschung in Island, da China die sog. *Life Sciences* für außerordentlich wichtig im Zusammenhang mit dem nationalen und gesellschaftlichen Fortschritt erachte und es daher gelte, entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen zu verbessern und auch erst noch zu schaffen. (ZXS, 4.9.00, nach SWB, 7.9.00)

Beeindruckt und bestätigt in der Haltung, den Entwicklungsprozess und den politischen und sozialen Weg der VR China „unter besonderer Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten“ ohne Einmischung Dritter zu bestimmen, sah sich Li angesichts des eigenständigen, an die spezifischen Bedingungen des Landes angepassten, isländischen Modells der wirtschaftlichen Entwicklung. (XNA, 4.9.00) -kg-

Innenpolitik

14 Zukünftige Personalunion von KP-Generalsekretär und Vorsitzendem des NVK?

Laut Hongkonger Meldungen hat Staatspräsident Jiang Zemin in parteiinternen Kreisen vorgeschlagen, künftig die Ämter des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas und des Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses (NVK) in einer Person zu vereinigen. Der Vorschlag kann als taktischer Versuch gedeutet werden, einen Ausweg aus den anhaltenden Konflikten um die Nachfolge der gegenwärtigen dritten Führungsgeneration zu finden.

Jiang Zemin soll informierten Beijinger Quellen zufolge zwar einerseits vor einer übermäßigen Konzentration hoher Führungsämter gewarnt haben; andererseits aber soll er empfohlen haben, die Frage einer Personalunion zwischen den höchsten Ämtern der Partei und des NVK auf der bevorstehenden 5. Plenartagung des XV. Zentralkomitees der Partei zu diskutieren. Seinen Vorschlag soll Jiang Zemin damit begründet haben, dass Personalunionen zwischen Parteisekretären und Vorsitzenden der Volkskongresse auf den darunter liegenden administrativen Ebenen bereits in über zwanzig Provinzen und größeren Städten verwirklicht seien (vgl. entsprechende Angaben zu den Provinzfürhungen in den *China Monthly Data* im hinteren Teil dieses Heftes). Eine Ausweitung dieses Prinzips auf die höchste Führungsebene würde die politischen Entscheidungsprozesse erleichtern, da die Parteizentrale bei politischen Initiativen auf eine breitere Unterstützung in den Volkskongressen hoffen könnte. Wie Berater von Jiang Zemin erläutert haben sollen, sei so insbesondere mit geringerem Widerstand der Volkskongresse bei der Besetzung von Führungspositionen zu rechnen; „peinliche Situationen“ wie in der Vergangenheit, als von den Parteiautoritäten vorgeschlagene Kandidaten im NVK auf eine Ablehnung von bis zu 30% der Ab-

geordneten gestoßen seien, könnten so in Zukunft vermieden werden (SCMP, 20.9.2000).

Aus dem Blickwinkel liberaler Demokratie mag diese Begründung, die ein kontroverses Abstimmungsverhalten im Parlament als „störend“ und „peinlich“ bewertet, merkwürdig anmuten. In dem in China nach wie vor praktizierten System des demokratischen Zentralismus dagegen, das den Sinn und die Existenzberechtigung einer parlamentarischen Opposition von sich weist, erscheint das Streben nach einem „einheitlichen“ Verhalten des Organs der Volksvertretung als durchaus folgerichtig. Allerdings stößt die mangelnde Sensibilität der Argumentation auf, die das alte negative Image des NVK als reinem „rubber stamp“-Organ zu bestätigen scheint und damit optimistische Prognosen einer „schrittweisen Parlamentarisierung“ des NVK Lügen straft, wie sie in der jüngeren Vergangenheit wiederholt auch am selbstbewussten Abstimmungsverhalten der Abgeordneten festgemacht worden sind.

Jiang Zemin, der bisher die Ämter des Generalsekretärs der Partei, des Staatspräsidenten und des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission auf sich vereinigt, mag mit diesem Vorschlag aber auch ein konkretes personelles Ziel verfolgen. Wie Hongkonger Kommentatoren vermuten, könnte sich dahinter ein taktisches Manöver im Konflikt zwischen dem stellvertretenden Staatspräsidenten Hu Jintao und dem Leiter der Organisationsabteilung des ZK der Partei Zeng Qinghong um die Nachfolge Jiang Zemin im einflussreichen Amt des KP-Generalsekretärs verbergen. So deutet sich in seinen ambivalenten Äußerungen gegen eine übermäßige Konzentration von Führungsämtern und für eine Personalunion zwischen den höchsten Ämtern in Partei und NVK eine mögliche Entkopplung der gegenwärtig praktizierten Personalunion zwischen dem Amt des Staatspräsidenten und dem des KP-Generalsekretärs an. Praktisch könnte dies die Grundlage bilden, um den bisher für die Nachfolge in den beiden letztgenannten Ämtern mehrheitlich favorisierten Hu Jintao mit dem Amt des Staatspräsidenten „abzuspeisen“ und auf das politisch einflussreichere Amt des KP-Generalsekretärs stattdessen den an-